



Oekumenischer Ratschlag Pressemitteilung

Dekade zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 2021 – 2030

Eine Bitte an den Oekumenischen Rat der Kirchen (Petitum)

Mit dem bevorstehenden Oekumenischen Kirchentag (OeKT) in Frankfurt 2021 und der Vollversammlung des OeRK 2022 befasste sich der Oekumenische Ratschlag von Basisinitiativen in einer virtuellen Konferenz am 14. November.

Abgestimmt wurden die vorgesehenen und vom OeKT angenommenen Stände, Ausstellung, Podien und Workshops der beteiligten Gruppen aus dem Ratschlag. Impulse kamen von Dr. Fernando Enns, Professor für Friedenstheologie in Hamburg und Mitglied des OeRK-Zentralausschusses, und Dr. Marc Witztenbacher, EKD-Beauftragter für die Vollversammlung in Karlsruhe.

Ein Ergebnis des Ratschlags wurde in einem Petitum an den OeRK zugunsten einer Dekade für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zusammengefasst. Darin heißt es: "Wir bitten den Oekumenischen Rat der Kirchen für den Zeitraum 2021 bis 2030 eine Dekade zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auszurufen." Die christlichen Kirchen mögen angesichts der einmaligen Herausforderungen unserer Zeit in einem Zehn-Jahres-Zeitraum für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zusammenwirken. Dabei sollen sie auch die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 aufgreifen und die Zusammenarbeit mit nichtkirchlichen Akteuren von der kommunalen bis zur internationalen Ebene suchen.

Statt Börsennachrichten tägliche Berichte zur Umsetzung der SDGs
Kirchliche Presseagenturen (z.B. epd und kna) werden gebeten, alternativ zu den täglichen Börsennachrichten in der ARD, hinter denen Anreize zum Wachstum mit materiellem Ressourcenverbrauch für eine Minderheit der Menschheit stehen, stattdessen täglich über die Entwicklung bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele zu berichten. Hier soll auch der systemisch übergreifende Hoffnungshorizont der Christen sichtbar werden.

*Kontakt: Oekumenisches Netz in Deutschland, Geschäftsstelle der kommunalen Oekumene
Treptow-Köpenick, Rudower Str. 23, 12557 Berlin, Tel.: 030/46734594, E-Mail:
oek_trep_koep@gmx.de, oder Oekumenischer Informationsdienst, Lindenspürstr. 30,
70176 Stuttgart, E-Mail: ecunet@t-online.de*

Oekumenischer Ratschlag:

Dekade zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 2021 – 2030

Eine Bitte an den Oekumenischen Rat der Kirchen (Petitum)

Wir bitten den Oekumenischen Rat der Kirchen für den Zeitraum 2021 bis 2030 eine Dekade zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auszurufen.

Begründung

Die Kirchen sollen für einen Zehn-Jahres-Zeitraum eingeladen werden, auf allen ihren Ebenen neue Schritte zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu gehen. Diese Begriffe zählen zu den zentralen biblischen und theologischen Themen. Ihre Relevanz für kirchliches Denken und Handeln muss in einer Zeit der Krise wiederentdeckt werden. Die Krise stellt übliche Verhaltensweisen in Frage; sie öffnet aber auch den Horizont für ein neues Denken. Der notwendige Neubau der Gesellschaft kann nur auf dem Fundament von Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung gelingen. Für christliche Weltsicht ist der Ausdruck „Schöpfung“ von Bedeutung, weil er den Anthropozentrismus von „Umwelt“ und eigene Überheblichkeit überwindet.

Wir sehen mit Besorgnis mehrere Megatrends: Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich mit der großen Beschränkung von Lebensmöglichkeiten, die zunehmende Klimakatastrophe, Artensterben, Rassismus, Tendenzen zu meist patriarchalem Autoritarismus, Fortbestehen der Atomkriegsgefahr und neu die Digitalisierung in der Kriegsführung mit Entpersönlichung militärischer Entscheidungen, sowie digitale Medien mit Relativierung von allgemeinen Wahrheiten. Wir nehmen diese Herausforderungen als untrennbar miteinander verknüpft wahr. Es gibt keinen haltbaren Frieden unter den Menschen ohne soziale Gerechtigkeit. Es gibt keine Gerechtigkeit, wenn der Mensch die Ressourcen der Schöpfung aufzehrt. Es gibt keinen Frieden unter den Menschen ohne Frieden mit der Schöpfung. Frieden zwischen den Völkern und Gewaltfreiheit sind nur denkbar im Einklang mit sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit einschließlich der Klimagerechtigkeit (Kingston/Jamaica 2011).

Der 1983 begonnene konziliare Prozess fasst die grundlegenden Überlebens- und praktischen Glaubensfragen konkret und verbindlich zusammen und nimmt sie theologisch ernst. Er begreift sie als dringende Herausforderung an den christlichen Glauben und tritt in einen entsprechenden

Lernprozess ein. Zahlreiche Erkenntnisse sind aus ihm gewachsen, die Erinnerung und weitere Kontinuität erfordern.

Er hat seine Wurzeln in der Überzeugung, dass der Mensch zum Partner und Mitschöpfer Gottes berufen ist mit dem Auftrag, Geschichte zu gestalten. Mit seiner Analyse wird jeweils eine Beurteilung verbunden und es werden Handlungsmöglichkeiten entwickelt.

Gottes Friede umfasst ein Leben in Würde, den Schutz vor Gewalt, der Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, den Abbau von Ungerechtigkeit und Not, die Stärkung von Recht, Freiheit und kultureller Vielfalt.

Die Vereinten Nationen haben eine Agenda 2030 beschlossen, die 17 Ziele Nachhaltiger Entwicklung (SDG's) mit 169 Unterzielen umfasst. Die Umsetzung dieser Ziele braucht die Unterstützung möglichst vieler Menschen. Zur ihrer Zusammenfassung und breitenwirksamen Vermittlung eignen sich die drei Begriffe „Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung“ am besten. Sie sind sowohl in den Kirchen als auch in der weiteren Öffentlichkeit vertraut.

Bereits die Schlusserklärung der Konferenz der Vereinten Nationen zur Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro 1992 endet: „Frieden, Entwicklung und Umweltschutz hängen voneinander ab; sie lassen sich nicht trennen.“ Das war eine Ausgangsbasis für die späteren Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs).

Papst Franziskus bekräftigte: „Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sind drei absolut miteinander verbundene Themen, die nicht getrennt und einzeln behandelt werden können, ohne erneut in Reduktionismus zu verfallen.“ („Laudato Si“, Rom 2015, Abs. 92)

Diese Begriffstrias findet sich bereits z.B. in Deutschland in Gesangbüchern, in der Bezeichnung von kirchlichen Dienststellen ebenso wie etwa in der Präambel der Verfassung des Freistaats Sachsen oder im Schulgesetz von Mecklenburg- Vorpommern. Die Oekumenische Versammlung 2014 in Mainz hat sie erneut entfaltet.

Mit der vorgeschlagenen Dekade würde ein Zusammenwirken von Kirchen mit Zivilgesellschaft, Kommunen und staatlichen Institutionen mit Blick auf die Nachhaltigen Entwicklungsziele erleichtert.

Zur Umsetzung

Wir wollen in unseren Kirchen, Gemeinden und Gruppen bereit werden zu einer Umkehr in Lebensstil und Wirtschaftsweise.

Dazu fordert die global wachsende Kluft zwischen arm und reich heraus. Das Menschenrecht auf Würde, auf Land, Wasser, gesunde Luft, Bildung und Gesundheitsfürsorge müssen Priorität erhalten vor einer jeweiligen privaten gewinnorientierten Nutzung der globalen Güter.

Die Integrität der Schöpfung und die Artenvielfalt sind zu schützen. Wir möchten auf indigene Bevölkerungen hören. Dazu sind die ökumenischen Team Visits besonders geeignet bei denen, die unter den katastrophalen Folgen leiden müssen und schmerzhaft Verluste und Wunden davontragen, dabei aber gleichzeitig über schöpfungsfreundliches Wissen verfügen.

Wir müssen „Sicherheit“ neu denken. Unsere Zielsetzungen von Gewaltfreiheit, Abschaffung von Atomwaffen und automatisierten Drohnen umfassen die konkrete Forderung nach einer finanziell deutlich besseren Ausstattung der zivilen Konfliktbearbeitung. Instrumente zur Gewaltprävention und Mediation müssen systematisch ausgebaut werden. Der Rüstungsexport muss reduziert und effektiv kontrolliert werden.

Wir unterstützen im ökumenischen Gespräch folgende Forderungen und Ziele aus der „Wuppertaler Erklärung“ (2019): „Die ökumenische Bewegung hat sich schon lange zu einem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens und zur Integrität der Schöpfung bekannt. Diese Ziele erfordern dringend neue Schritte auf dem vor uns liegenden Weg der ökologischen Gerechtigkeit. Wir wissen uns verpflichtet, die globale ökumenische Bewegung zu einer umfassenden ökologischen Transformation der Gesellschaften aufzurufen.“

Über die Wuppertaler Erklärung hinausgehend und dem Klima-Abkommen von Paris 2015 folgend verlangen wir bei der Bewältigung der Klimakrise ein gerechtes Teilen und Tragen der finanziellen Lasten durch die Verursacher und eine Unterstützung der besonders betroffenen Länder des globalen Südens.

Wir schließen uns außerdem den folgenden Forderungen aus dem „Offenen Brief zur Wuppertaler Erklärung“ (2019) an: „Letztlich ist „eine radikale Abkehr von den unsere Wirtschaften bislang dominierenden kapitalistischen Triebfedern Wachstum und Profit“ erforderlich. Es geht „um die Überwindung der ‚imperialen Lebensweise‘ und ein grundsätzlich anderes Wirtschaftssystem.“

Der Oekumenische Rat der Kirchen kann über Internet und soziale Medien eine weltweit erreichbare Plattform einrichten, auf der ein Austausch von Initiativen auf den verschiedenen Ebenen von Kirche ermöglicht wird.

Kirchliche Presseagenturen (in Deutschland z.B. epd und kna) werden gebeten, alternativ zu den täglichen Börsennachrichten, hierzulande etwa in der ARD, hinter denen Anreize zum Wachstum mit materiellem Ressourcenverbrauch für eine Minderheit der Menschheit stehen, als für die Bewusstseinsbildung notwendig täglich über die Entwicklung bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele zu berichten. Hierbei soll auch der systemisch übergreifende Hoffnungshorizont der Christen sichtbar werden.

Mit solchen Schritten kann die Einheit der christlichen Kirchen deutlich werden.

Herzstück

*Wir sehnen uns nach dem sichtbaren Einssein des Leibes Christi,
Wir erwarten die Heilung menschlicher Gemeinschaft
und das Wohlergehen von Gottes ganzer Schöpfung.
Wir sind durchdrungen von der Vision einer Kirche,
dem Volk Gottes auf dem Weg miteinander,
das Einspruch erhebt gegen alle Trennungen aufgrund von Rasse, Geschlecht, Alter oder Kultur,
das Gerechtigkeit und Frieden zu verwirklichen sucht
und die Integrität der Schöpfung achtet.
(Aus der Botschaft der OeRK-Vollversammlung Harare 1998)*

Oekumenisches Netz in Deutschland, Oekumenischer Ratschlag vom 14. November 2020